

1 LA I: Weil wir's können.

2 Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

3 Weiterleitung an: Juso Landeskonferenz, Juso Bundeskongress; SPD Bezirksparteitag, SPD

4 Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

5 Einleitung

6 Gleichstellung ist für uns ein wichtiges Thema. Darunter verstehen wir bisweilen die Gleich-
7 stellung von Frauen und Männern. Geschlechter sind jedoch nicht in einem Schwarz-Weiß
8 Schema zu sehen. Über die Bestimmung von Geschlechtern gibt es mittlerweile weiterge-
9 hende Literatur, die hier in Einzelheiten und Grund der Komplexität nicht wiedergegeben wird.
10 Festzuhalten bleibt jedoch, dass der Begriff Gleichstellung nicht lediglich auf die Beziehung
11 beziehungsweise Bestimmung des Schema Mann-Frau zu verstehen ist. Daher sind bei dem
12 Thema Gleichstellung die Gruppen Transgender mit einzubeziehen. Gleichstellung ist außer-
13 dem eng mit den Themen Homo- bzw. Bisexualität verbunden. Gleichgeschlechtliche Fami-
14 lien-Gestaltungen sind daher auch unter dem Oberthema Gleichstellung zu berücksichtigen.

15 Gleichstellung in Gesellschaft und Partei

16 *Gleichstellung in der Gesellschaft*

17 *Gender-Pay-Gap, Mindestlohn und schlechte Bezahlung in weiblich dominierten Berufen*

18 Laut statistischen Bundesamt betrug 2014 der „Gender-Pay-Gap“, also der Brutto-Lohn-Un-
19 terschied von Frauen und Männern 22 Prozent. Das heißt, dass Frauen im Schnitt 22 Prozent
20 weniger verdienen als Männer. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die Einführung des Mindest-
21 lohns sich auf den „Gender-Pay-Gap“ auswirkt. Daher wird das Thema Mindestlohn und Ver-
22 dienst an dieser Stelle erst einmal ausgeklammert.

23 Jedoch ist es offensichtlich das in Berufen, in den häufig überwiegend Frauen tätig sind und
24 welche meistens soziale Berufe sind, die Bezahlung meistens prekär und im Schnitt immer
25 unter der Bezahlung von männlich dominierten Berufen liegt. Soziale Berufe sind jedoch wich-
26 tig für unsere Gesellschaft. Angefangen von Erzieher_innen über Krankenpfleger_innen hinzu
27 Altenpfleger_innen werden diese in unserer Gesellschaft wenig wertgeschätzt. Dieses drückt
28 sich dann natürlich auch in der schlechten Bezahlung sowie den oft schlechten Arbeitsbedin-
29 gungen (Hohe Wochenarbeitszeit, Überstunden, etc.) aus. Wir fordern daher, dass soziale Be-
30 rufe aufgewertet werden. Die Bezahlung sowie die Arbeitsbedingungen müssen sich dramati-
31 sche verbessern. Dies ist ein erster Weg um Lohnunterschiede zwischen Männer und Frauen
32 weiter abzubauen.

33 *Gute Arbeit für Familien - Frauenquote*

34 Ein wichtiger Punkt beim Thema Gleichstellung ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
35 Hier zeigt sich eine strukturelle Hürde, gerade für die Gleichstellung von Frauen, da diese oft-
36 mals sowohl erwerbstätig sind als auch den größten Teil der sog. Care-Arbeit, also z.B. der
37 Kinderbetreuung leisten. Auch und gerade bei alleinerziehenden Elternteilen spielt die Ver-
38 einbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Daher muss unsere Gesellschaft auf alle
39 Fragen, die sich aus den unterschiedlichen individuellen Lebensentwürfen der Menschen er-
40 geben, Antworten bereithalten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit ein
41 gleichberechtigtes und chancengleiches Berufsleben gewährleisten.

42 Ein wichtiger Schritt war die eingeführte Frauenquote in den Aufsichtsräten. Ab 2016 müssen
43 börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen alle Aufsichtsratsposten zu
44 30 Prozent mit Frauen besetzt sein. Gelingt das nicht, bleiben entsprechende Männerplätze

45 leer. Auch in Unternehmen des öffentlichen Dienstes, in denen der Bund mitbestimmen kann
46 wurde die Frauenquote, ab 2018 sogar eine 50-prozentige, eingeführt.

47 In anderen Unternehmen des öffentlichen Dienstes und in Unternehmen, die börsennotiert
48 oder mitbestimmungspflichtig sind, wird durch die große Koalition auf eine Selbstverpflich-
49 tung, allerdings bis zum mittleren Management gesetzt. Diese Regelung geht uns nicht weit
50 genug. Daher fordern wir verpflichtende Frauenquoten auch für diese Unternehmen bis zum
51 mittleren Management.

52 Kritiker_innen der Frauenquoten bringen an, dass der Staat hier zu stark eingreift. Aber nur
53 eine gesetzlich verpflichtende Quotenregelung wird zu einem Umdenken in der Gesellschaft
54 führen. Es muss endlich normal werden, dass auch Frauen Führungspositionen erfolgreich ein-
55 nehmen und ausfüllen können.

56 *Gute Arbeit für Familien – Kinderbetreuung und Wochenarbeitszeit*

57 Es reicht jedoch nicht aus, nur die gesetzlichen Regelungen zu schaffen. Es müssen auch die
58 gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Eben das ist der Unterschied zwi-
59 schen Gleichberechtigung und Gleichstellung.

60 Deshalb muss sichergestellt werden, dass jede_r seine/ihre Kinder an geeigneten und qualifi-
61 zierten Betreuungseinrichtungen anmelden kann. Es muss das Ziel sein, dass der Staat in der
62 Theorie für jedes Kind einen Betreuungsplatz schaffen kann. Hierbei soll der Staat aber nie-
63 manden zwingen, sein/ihr Kind in eine Betreuungseinrichtung zu geben.

64 Diese Betreuungsplätze müssen als Ganztageskonzepte konzipiert sein. Überdies ist es wich-
65 tig, dass sie sehr flexibel gestaltet werden. Von den Arbeitnehmer_innen wird stetig mehr
66 Flexibilität gefordert. Hierauf muss dann aber auch die Kinderbetreuung ausgerichtet werden.
67 Es muss zum Beispiel möglich sein, die Bring- und Abholzeiten kurzfristig flexibel bestimmen
68 und gestalten zu können. Auch die Schichtarbeit ist in die Gestaltung der Betreuungseinrich-
69 tungen mit einzubeziehen. In jeder Stadt, in der Unternehmen, die Schichtarbeit von Ihren
70 Beschäftigten einfordern, ansässig sind, sind Schichtkindergärten –auch für Nachtschichten –
71 zu errichten. Die betreffenden Unternehmen sind an der finanziellen Ausstattung zu betei-
72 ligen. Schließlich sind es die Unternehmen, die ihren Arbeitnehmer_innen die Konditionen der
73 Arbeitszeiten diktieren. Sie sind für diese ursächlich verantwortlich.

74 Kinderbetreuung hört nicht beim Kindergarten auf. Auch die Schullandschaft in Deutschland
75 muss anders gestaltet werden. Ganztagschulen sind weiter auszubauen. Auch bei „Halbtags-
76 Schulen“ muss die Betreuung im Anschluss an den Unterricht – zumindest bis zur Mittelstufe
77 – gesichert sein. Die Kosten hierfür sind nicht auf die Eltern umzulegen. Die Volkswirtschaft in
78 der Bundesrepublik Deutschland profitiert von den Zuständen, also hat sie auch solidarisch
79 die Kosten zu tragen.

80 In der heutigen Gesellschaft wird immer wieder eines deutlich: Den Menschen fehlt Zeit. Zeit
81 für Freizeit und Familie. Der Mensch scheint nur noch die Aufgabe zu haben, das Bruttoin-
82 landsprodukt zu steigern. Von diesem profitieren jedoch nur wenige reiche Personen. Die per-
83 sönliche Entfaltung sowie die aktive Gestaltung des eigenen Lebens, außerhalb der Erwerbs-
84 tätigkeit, gerät immer mehr in den Hintergrund. Diese Entwicklung zeigt sich z.B. deutlich in
85 der gemeinsam verbrachten Zeit innerhalb der Familien oder aber an der Ausübung von Eh-
86 renämtern bzw. an der aktiven Teilhabe am Vereinsleben.

87 Mehr Zeit der Menschen können wir nur schaffen, indem wir die maximale Wochenarbeitszeit
88 reduzieren. Daher fordern wir, eine gesetzliche Höchstgrenze von 35-Zeitstunden Arbeitszeit
89 pro Woche. Außerdem müssen die Arbeitnehmer_innen das Recht haben, jede Überstunde

90 zu erfassen und als Freizeitausgleich geltend zu machen. Hier darf es keine Schlupflöcher für
91 die Arbeitgeber_innen geben.

92 *Mehr Frauen in Mint-Berufe führen*

93 Als Mint-Berufe bezeichnet man Berufe in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwis-
94 senschaft und Technik. Nur 10 Prozent der Auszubildenden in diesem Bereich sind Mädchen.
95 Im Studium beträgt der Frauenanteil 20 Prozent in den Studiengängen des MINT-Bereichs.
96 Letztendlich kommt man in den MINT-Bereichen auf einen Frauenanteil von 14 Prozent.

97 Es ist unser Ziel, den Frauenanteil in den MINT-Berufen zu erhöhen. Nach unserer Auffassung
98 gibt es keine Berufe, die nur für Frauen oder nur für Männer geeignet sind. Die Berufswahl soll
99 sich an persönlicher Eignung und Neigung orientieren und nicht am Geschlecht der Bewer-
100 ber_innen oder Interessent_innen.

101 Oft wird aber Kindern immer noch das traditionelle Familienbild in die Wiege gelegt. Die Ge-
102 sellschaft hat hier schon an entscheidenden Stellen nachjustiert. So sind in Schulbüchern in
103 Textaufgaben zum Beispiel Frauen in technischen Berufen vertreten, um die Kinder und Ju-
104 gendliche für Gleichstellung zu sensibilisieren.

105 Das reicht jedoch noch nicht. Oft trauen sich auf Grund der gesellschaftlichen Prägung Frauen
106 und Mädchen nicht zu, in technische Berufe einzusteigen. Daher fordern wir, dass Mädchen
107 und Frauen in den Schulen, in der Ausbildung und im Studium durch Förderprogramme für
108 MINT-Berufe sensibilisiert werden sowie in ihrem Interesse und ihren Fähigkeiten bestärkt
109 und gefördert werden.

110 In diesem Zusammenhang ist es wichtig, in der gesamten Gesellschaft die Akzeptanz von
111 Frauen in MINT-Berufen zu steigern. Hierzu sind erstens die Lehrpläne an den Schulen ent-
112 sprechen anzupassen sowie zweitens besondere Persönlichkeiten, die in den MINT-Berufen
113 erfolgreich sind, öffentlich hervorzuheben. Menschen benötigen Vorbilder an denen sie sich
114 orientieren.

115 Es ist nicht so, dass die Gesellschaft gänzlich der Meinung ist, Frauen sollten nicht in den MINT-
116 Bereichen arbeiten. Hier hat sich im letzten Jahrzehnt einiges getan. Doch man hört, gerade
117 in kleinen handwerklichen Betrieben, dass diese die gesetzlichen Auflagen (Toiletten, Dusch-
118 räume, etc.) nicht erfüllen könnten. Mit dieser Aussage muss sich die Politik auseinanderset-
119 zen: hier müssen die betreffenden Betriebe durch Fördergelder besser unterstützt werden.
120 Gerade in kleinen Firmen muss, um auf dem Markt zu bestehen, so spitz kalkuliert werden,
121 dass Umbauten für die jeweiligen Betriebe alleine nicht zu stemmen sind.

122 *Anonymisierte Bewerbungen*

123 Geschlecht, Alter, Nationalität, Hautfarbe und Religion sind Eigenschaften, die dazu führen,
124 dass man aus den Bewerbungsprozess sofort ausgeschlossen wird, da Vorurteile hier das Ent-
125 scheidungskriterium sind. Frauen mit Kindern werden in Bewerbungsverfahren oft benachtei-
126 ligt, dies belegte die Antidiskriminierungsstelle. Dabei sollte doch eigentlich, derjenige/dieje-
127 nige die Stelle bekommen, der/die am besten qualifiziert ist. Dies ist leider in unseren Unter-
128 nehmen oft nicht der Fall.

129 Daher fordern wir gesetzlich vorgeschriebene anonymisierte Bewerbungsverfahren bei al-
130 len Unternehmen, in denen keine Frauenquote gilt.

131 *LGBTI*

132 In der heutigen Gesellschaft sind alle Menschen, unabhängig der geschlechtlichen Einordnung
133 oder der sexuellen Präferenzen, als gleichwertig anzusehen und mit denselben Rechten aus-
134 zustatten.

135 Zu diesem Thema gehört für uns auch die Adoption von Kindern. Familie entsteht durch Zu-
136 neigung und Vertrauen, nicht durch Geschlecht. Deshalb fordern wir, dass auch gleichge-
137 schlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen.

138 Einen großen rechtlichen Nachteil haben homosexuelle Menschen beim Thema „Ehe“. Wir
139 fordern, dass zukünftig eine vollwertige Zivilehe auch zwischen gleichgeschlechtlichen Ehe-
140 partnern möglich ist, mit allen Pflichten und Rechten, die dazugehören. Homosexuelle Paare
141 wollen keine Sonderstellung, sie wollen einfach nur gleich sein. Wir fordern unsere Bundes-
142 tagsabgeordneten auf, den Gesetzesentwurf des Bundesrates zur gleichgeschlechtlichen Zivil-
143 ehe zu unterstützen. Unsere sozialdemokratische Grundüberzeugung muss höher wiegen als
144 die Koalitionsrason. Wir werden uns nicht für die Macht verkaufen und unser Credo über Bord
145 werfen.

146 Wir stellen die Frage, warum überhaupt ein Geschlecht im Ausweis stehen muss. Es ist uns
147 klar, dass man einen Menschen zur Identifikation an äußerlichen Merkmalen festmachen
148 muss. Das Geschlecht ist jedoch kein rein äußerliches Merkmal. Wir fordern, dass zukünftig,
149 kein Merkmal „Geschlecht“ mehr im Ausweis steht.

150 *Ehegatten-/Familiensplitting*

151 Das Ehegattensplitting fördert eine veraltete Vorstellung vom Bild von Familien von Haupt-
152 und Zuverdienenden in einer Ehe. Das halten wir nicht für zielführend. Wir wollen das Ehegat-
153 tensplitting abschaffen und viel mehr steuerlich dort fördern, wo Kinder sind. Ansonsten soll
154 in Ehen die individuelle Besteuerung beider Ehepartner_innen gelten.

155 *Gleichstellung in der Partei*

156 In einer Redensart heißt es, wer anderen etwas vorschreiben will, muss erst einmal vor der
157 eigenen Haustüre kehren. Bei den Jusos ist die Gleichstellung vorangetrieben und akzeptiert.
158 Die Jusos bezeichnen sich selbst als feministischer Richtungsverband. Das ist gut so.

159 Die Jusos haben auch, zusammen mit der AsF, der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokrati-
160 schen Frauen, in die Partei eingewirkt. Die SPD hat sich für eine Geschlechterquote entschie-
161 den. Für diese gibt es auch gute Argumente. Wir Jusos halten dennoch an der Frauenquote
162 fest.

163 Der Knackpunkt bei der SPD-Regelung ist, dass, wenn vom unterrepräsentierten Geschlecht
164 keiner Bewerber_innen mehr vorhanden sind, die Plätze mit Bewerber_innen vom anderen
165 Geschlecht aufgefüllt werden. Bei den Jusos hingegen fallen in einem solchen Fall entspre-
166 chend zu wählende Plätze weg. Das macht die Geschlechterquote der SPD weniger verbind-
167 lich. Der Sinn der Quote ist es, auch die Männer zu sensibilisieren, mehr Frauen zu fördern. Es
168 ist Sache der SPD, und ein Ergebnis des demokratischen Meinungsbildungsprozesses, dass sie
169 sich für die Geschlechterquote entschieden hat. Aber die Quote der SPD muss wirklich ver-
170 bindlich werden. Daher fordern wir, dass der Bundesvorstand dem Bundesparteitag einen sat-
171 zungsändernden Antrag vorlegt, der die Quote verbindlich macht: Wenn vom unterrepräsen-
172 tierten Geschlecht keine Kandidat_innen mehr vorhanden sind, müssen so viele Plätze in den
173 zu wählenden Vorständen und Delegationen wegfallen, bis die Quote wieder erfüllt ist.

174 Noch immer sind die Debatten der Parteitage bei den meisten Themen von Männern dominiert. Wir begrüßen, dass sich das Präsidium am Bundesparteitag 2015 in Berlin für eine quotierte Redeliste entschieden hat: Solange Frauen sich zu Wort gemeldet haben, wurde Frauen und Männern alternierend das Wort erteilt. Danach redeten meist nur noch Männer. Wir fordern, dass die quotierte Redeliste nach dem Vorbild der Jusos auch auf dem den Parteitag der SPD verpflichtend eingeführt wird.

180

181 Forderungen

182 Die Gesellschaft ist in Sachen Gleichstellung auf einem guten Weg, aber lange nicht am Ziel angekommen. Wir als die Fordernden müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen und als Partei vor unserer eigenen Haustüre kehren. Daher fordern wir:

- 185 1. Wir fordern eine gesetzliche Frauenquote bis zum mittleren Management in allen börsennotierten oder mitbestimmungspflichtigen Unternehmen.
- 186
- 187 2. Es muss das Ziel sein, dass der Staat in der Theorie für jedes Kind einen flexiblen Ganztags-Betreuungsplatz schaffen kann. Hierbei soll der Staat aber niemanden zwingen, sein/ihr Kind in eine Betreuungseinrichtung zu geben. Das oberste Credo des Staates muss es sein, jedem/jeder seine/ihre Lebens- und Familiengestaltung selbst zu bestimmen. Der Staat muss aber auf jede Art der Lebensgestaltung eine Antwort haben.
- 188
- 189
- 190
- 191
- 192 3. Die Unternehmen, die von Ihren Arbeitnehmer_innen Flexibilität und Schichtarbeit verlangen, sind an den Kosten der Ganztagsbetreuung zu beteiligen.
- 193
- 194 4. Auch an den Schulen ist bis zur Mittelstufe eine Ganztagesbetreuung zu gewährleisten.
- 195 5. Die Kosten der Ganztagesbetreuung sind solidarisch von der gesamten Gesellschaft zu tragen, da schließlich auch die Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit von den Auswirkungen des profitiert.
- 196
- 197
- 198 6. Wir fordern eine gesetzliche Höchstgrenze von 35-Zeitstunden Arbeitszeit pro Woche. Außerdem müssen die Arbeitnehmer_innen das Recht haben, jede Überstunde zu erfassen und als Freizeitausgleich geltend zu machen. Hier darf es keine Schlupflöcher für die Arbeitgeber_innen geben.
- 199
- 200
- 201
- 202 7. In den Schulen, in der Ausbildung und im Studium werden Förderprogramme für MINT-Berufe eingerichtet, um Mädchen und Frauen für technische Berufe zu sensibilisieren sowie sie in ihrem Interesse und in ihren Fähigkeiten zu bestärken und zu fördern. Damit sie sich mehr trauen.
- 203
- 204
- 205
- 206 8. Die Lehrpläne an den Schulen müssen geändert werden, um die Akzeptanz von Frauen in den MINT-Berufen zu steigern.
- 207
- 208 9. Besondere Persönlichkeiten, die in MINT-Berufen erfolgreich sind, sollen in der Öffentlichkeit hervorgehoben werden, um jungen Frauen und Mädchen als Vorbilder zu dienen.
- 209
- 210
- 211 10. Die gesetzlichen Auflagen für handwerkliche Betriebe hinsichtlich Toiletten, Duschräume etc. müssen genau analysiert. Der Staat muss die betreffenden Betriebe mit finanziellen Transferleistungen fördern, um die Auflagen verwirklichen zu können.
- 212
- 213
- 214 11. Zukünftig soll in Ausweisen kein Merkmal „Geschlecht“ mehr stehen.
- 215 12. Adoptionsrecht für Regenbogenpaare
- 216 13. Das Institut der Ehe wird auch gleichgeschlechtlichen Paaren zugänglich gemacht, mit den gleichen Pflichten und Rechten.
- 217
- 218 14. Abschaffung des Ehegattensplitting
- 219 15. Unsere Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, der Gesetzesvorlage der Bundesländer zur gleichgeschlechtlichen Ehe zuzustimmen, auch wenn die große Koalition
- 220

221 dadurch gefährdet wird. Unsere sozialdemokratische Grundüberzeugung,
222 unser
223 Credo, wiegt höher als der Koalitionsvertrag.
223 16. Die Quotenregelung in der SPD wird verbindlicher gestaltet. Sind nicht
genügend Be-
224 werber_innen des unterrepräsentierten Geschlechts vorhanden, fallen so
viele zu be-
225 setzenden Plätze weg, dass die Quote wieder erfüllt ist. Der Bundesvorstand
hat dem
226 Bundesparteitag einen entsprechend ausgearbeiteten satzungsändernden
Antrag zur
227 Abstimmung vorzulegen.
228 17. Auf den Parteitagen der SPD wird die quotierte Redeliste verpflichtend
eingeführt.